

Antrag auf Erstattung des Beitrages zur Finanzierung des Semestertickets für das **SoSe 2022** aufgrund **sozialer Bedürftigkeit**

Frist für die Antragsstellung: bis vier Wochen vor Semesterende

Antragsnummer: _____

(Wird vom Referat für Finanzen ausgefüllt)

Ein Anspruch auf Erstattung besteht grundsätzlich nicht. Anträge auf Erstattung des Semesterticketbeitrages werden auf Grundlage der für die Studierendenschaft der FH Aachen geltenden Ordnungen und nach den Richtlinien des Sozialausschusses bearbeitet und beschieden.

Erstattungsgrund: soziale Bedürftigkeit

Studiengang: _____

Matrikelnummer: _____

Anrede: Herr Frau divers

Vorname: _____

Nachname: _____

Anschrift: _____

Telefonnummer: _____

E-Mail: _____

(Wir akzeptieren ausschließlich Alumni-Adressen)

IBAN: _____

BIC: _____

Kontoinhaber: _____

Kreditinstitut: _____

Hiermit beantrage ich die Rückerstattung des bereits gezahlten Mobilitätsbeitrages für das Sommersemester 2022 in Höhe von 201,04 EUR.



Antrag auf Erstattung des Beitrages zur Finanzierung
des Semestertickets für das **SoSe 2022** aufgrund
sozialer Bedürftigkeit

Antragsnummer: _____

(Wird vom Referat für Finanzen ausgefüllt)

Begründung:

Wohnung: Ich wohne... ...bei meinen Eltern ...allein ...in einer WG
Die Mietkosten (inkl. Nebenkosten und Strom/Gas) betragen _____ EUR.

Kinder: ja nein
Wenn „ja“, wie viele? _____

Dem Antrag sind Angaben über die wirtschaftliche Situation und entsprechende Nachweise (durch Kontoauszüge, Lohnauszug, BAföG etc.) beizufügen.

Im Falle einer Rückerstattung möchte ich mich um ein Sozialstipendium bewerben.
Das Stipendium dient als Überbrückungshilfe für besonders bedürftige Studierende. Die Bedürftigkeitsprüfung wird nach Ermessen des Sozialausschusses durchgeführt, ein Anspruch besteht nicht.
Die Auszahlungshöhe ist variabel und orientiert sich an den jeweiligen Lebenshaltungskosten.

Sollte der Semesterticketrückerstattung zugestimmt werden, möchte ich auch den Freitisch erhalten.
Zu diesem Zweck darf mein Name an das Studierendenwerk übermittelt werden.

Ich versichere an Eides statt, dass meine im Rahmen des Erstattungsantrags gemachten Angaben richtig und vollständig sind. Bei Unklarheiten stehe ich für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Ich habe die Datenschutzerklärung (Seite 4) zur Kenntnis genommen. Ich stimme zu, dass meine Angaben und Daten zur Bearbeitung meines Antrages elektronisch erhoben und gespeichert werden.

Ort, Datum

Unterschrift



Antrag auf Erstattung des Beitrages zur Finanzierung des Semestertickets für das **SoSe 2022** aufgrund **sozialer Bedürftigkeit**

Erforderlichen Unterlagen:

(Bitte alle nötigen Nachweise vollständig einreichen)

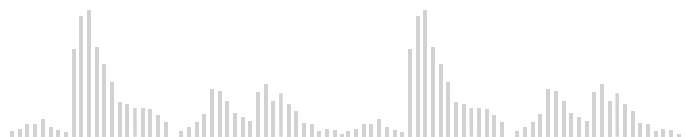
Grundlegende Nachweise:

- Das (unterschiedene) Antragsformular
- Studienbescheinigung, Erstellungsdatum darf bei Antragstellung nicht älter als eine Woche sein (<https://h1.fh-aachen.de/>)
- Gebührelnachweis (<https://h1.fh-aachen.de/> ⇒ Bescheinigungen)
- Eine Kopie deines Personalausweises

Wirtschaftliche Nachweise:

(Diese dienen zur Beurteilung der finanziellen Notlage)

- Mietvertrag/Nachweis über Mietzahlungen
- Arbeitsvertrag/Gehaltsabrechnungen der letzten 3 Monate/Bescheid über die Kurzarbeit
 - Für die **Semesterticketrückerstattung:**
Vollständige Kontoauszüge aller eigenen Konten, der **letzten drei Monate**
 - Für das **Sozialstipendium:**
Vollständige Kontoauszüge aller eigenen Konten, der **letzten neun Monate**
 - a. Im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung sind Einnahmen relevant und dürfen generell nicht geschwärzt werden
 - b. Bei Ausgaben darf unter 50 € der Betreff/Verwendungszweck geschwärzt werden
Teilschwärzungen (Der Betreff/Verwendungszweck/Empfänger) sind in Bezug auf Informationen über rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit oder Sexualleben zulässig.
 - Bescheinigung des Arbeitgebers bei Corona-bedingter Kurzarbeit bzw. Jobverlust
 - Ggf. BAföG-Bescheid oder Bescheid vom Jobcenter



Datenschutzerklärung

Name und Anschrift des Verantwortlichen

Verantwortlich im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die:

ASStA FH Aachen
Stephanstrasse 58 – 62 5
2064 Aachen
Telefon: 0241 6009-52807
Fax: 0241 6009-52828
E-Mail: asta@fh-aachen.org

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

Herr Daniel Geppert
Stephanstrasse 58 – 62
52064 Aachen
Telefon: 0241 6009-52807
E-Mail: daniel.geppert@asta.fh-aachen.org

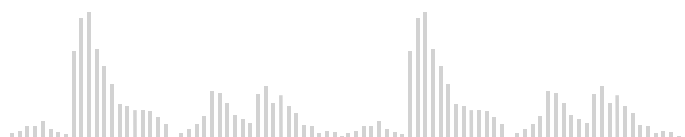
Allgemeines zur Datenverarbeitung

1. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten unserer Nutzer grundsätzlich nur, soweit dies zur Bereitstellung einer funktionsfähigen Website sowie unserer Inhalte und Leistungen erforderlich ist. Die Verarbeitung personenbezogener Daten unserer Nutzer erfolgt regelmäßig nur nach Einwilligung des Nutzers. Eine Ausnahme gilt in solchen Fällen, in denen eine vorherige Einholung einer Einwilligung aus tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und die Verarbeitung der Daten durch gesetzliche Vorschriften gestattet ist.

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als Rechtsgrundlage. Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind. Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser



Unternehmen unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage. Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage. Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Unternehmens oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

3. Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Semesterticketrückerstattung

Auf unserer Internetseite ist es möglich, sich das Semesterticket elektronisch rückerstatten zu lassen. Hierfür wird der Student zu einem Formular weitergeleitet, welches er vollständig ausfüllen muss, um eine reibungslose Rückerstattung zu gewährleisten. Schickt ein Nutzer uns dieses Formular zu, werden die Daten zur Bearbeitung aufgenommen und gespeichert. Diese Daten sind abhängig vom jeweiligen Formular und dessen Zweck und werden in gesonderten Verfahrensbeschreibungen behandelt.

Im Zeitpunkt der Bearbeitung des Antrags werden zudem folgende Daten gespeichert:

- (1) Antragsdatum
- (2) Antragssemester
- (3) Matrikelnummer
- (4) Studiengang
- (5) Vorname
- (6) Nachname
- (7) Straße und Hausnummer (8) Postleitzahl
- (9) Ort
- (10) Land
- (11) Telefon
- (12) Telefonnummer
- (13) E-Mail
- (14) Erstattungsgrund
- (15) Anrede
- (16) IBAN
- (17) BIC



- (18) Kontoinhaber
- (19) Kreditinstitut
- (20) Begründung auf Rückerstattung (optional)
- (21) Wohnsituation (optional)
- (22) Anzahl der Kinder in der Wohnung (optional)
- (23) Anzahl der Familienangehörigen in der Wohnung (optional)
- (24) Miete (optional)
- (25) inklusive Strom&Gas (optional)
- (26) inklusive Nebenkosten (optional)
- (27) Nachweis eines Schwerbehindertenausweises (optional)
- (28) Exmatrikulationsdatum (optional)

Für die Verarbeitung der Daten wird im Dokument Ihre Einwilligung eingeholt und auf diese Datenschutzerklärung verwiesen. Es erfolgt in diesem Zusammenhang eine Weitergabe der Daten an den Sozialfonds der FH Aachen e.V zur Genehmigung des Antrages sowie im Rahmen einer vom Nutzer gewünschten Prüfung für ein Sozialstipendium.

2. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Für die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten dienen die einschlägigen Bestimmungen der Ordnungen und Satzungen der FH Aachen sowie der einschlägigen gesetzlichen und arbeitsvertragsrechtlichen Bestimmungen als Rechtsgrundlagen.

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten aus dem Antragsformular dient dem in der jeweiligen Verfahrensbeschreibung genannten Zweck. Im Falle einer Antragseingangs liegt hieran auch das erforderliche berechtigte Interesse an der Verarbeitung der Daten.

4. Dauer der Speicherung

Die personenbezogenen Daten der Mitglieder in der Datenbank werden nach 10 Semester automatisch gelöscht. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft.

5. Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Eine Rückerstattung des Semestertickets ohne das Ausfüllen des Antragsformulars ist nicht möglich. Es besteht folglich seitens der Mitglieder keine Widerspruchsmöglichkeit gegen die Antragsstellung. Korrekturen personenbezogener Antragsdaten können die Studierende über den Kontakt zum Finanzreferat vornehmen.



Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. Landesdatenschutzgesetzes NRW DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

1. Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden
- (8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person. Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:



- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen
- (2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen
- (3) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß § 50 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) und Art.21 Abs.1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen. Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

4. Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- (1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- (4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- (6) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Information an Dritte

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren



Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

c) Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

- 1) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und
- (2) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem



Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

7. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet. Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

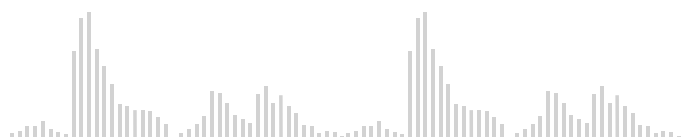
8. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

9. Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung:

- (1) für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und dem Verantwortlichen erforderlich ist,
- (2) aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder



(3) mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt. Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO beruhen, sofern nicht Art. 9 Abs. 2 lit. a oder g DSGVO gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen getroffen wurden. Hinsichtlich der in (1) und (3) genannten Fälle trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie Ihre berechtigten Interessen zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

10. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

